

Schutz dem Mittelstande!

Jahrzehntelang bereits haben sich Staat und Gesellschaft des Arbeiterstandes angenommen. Nicht nur die sozialpolitische Gesetzgebung legt Zeugnis davon ab, sondern auch tausend Verbesserungen und Freiheiten auf anderen Gebieten. Damit wird sich jedermann gern einverstanden erklären. War es doch dringend nötig, den Arbeiter aus seiner früheren gedrückten Lage zu befreien, ihm Rechte und Schutz zu gewähren, seinen Unterhalt für den Lebensabend sicher zu stellen. Nicht nur den weitesten Ausbau dieser Schutzgesetze hat die Arbeiterschaft inzwischen erreicht, sondern sie — oder besser ihre Führer — haben es verstanden, die Arbeiterschaft zu einer gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Macht zu erheben. Daß während des Krieges die staatliche Fürsorge unseren Arbeitern ebenfalls voll zuteil geworden ist, war richtig und notwendig. Man hätte dafür einige Dankbarkeit erwarten dürfen. Statt dessen läßt uns die Arbeiterschaft, soweit sie wenigstens der Sozialdemokratie angehört, mehr denn je fühlen, daß sie zu einer Macht herangewachsen ist und daß sie davon ausgiebigen Gebrauch zu machen wünscht. Das wäre schließlich auch noch anzuerkennen, solange dieser Machtfaktor sich in den nötigen Grenzen hält und solange die Betätigung dieser Macht nicht auf Kosten anderer Volksteile geschieht. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß Zug um Zug mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft und ihrer Rechte diejenigen des Mittelstandes immer mehr in Rückstand geraten sind. Weniger auf politischem, als auf wirtschaftlichem Gebiet.

Hier stehen wir heute Zuständen gegenüber, welche die Lebensmöglichkeit des Mittelstandes, besonders des sog. gebildeten Mittelstandes, geradezu bedrohen. Unter Mittelstand wollen wir hierbei im großen Ganzen die nicht zu den Spitzen gehörige Beamten- und Gelehrtenwelt, den mittleren und kleinen Kaufmann-, den Handwerker-, den Bauerstand verstehen. Diese Kreise leiden alle ohne Ausnahme seit Jahren auf das empfindlichste unter Arbeiter- und Dienstbotennot. Beides geht so weit, daß dadurch für viele Angehörige des Mittelstandes die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes unterbunden worden ist, daß andere wieder auf ihre nach Herkunft, Stand, Bildung, Lebensverhältnissen berechtigten Ansprüche, so gut wie ganz verzichten müssen. Der Arbeiter nutzt die ihm günstige Konjunktur aus und verkauft seine Arbeitskraft so teuer als möglich. An sich ein volkswirtschaftlich berechtigter, schwer abstellbarer Zustand. Nur darf man nicht versäumen, sich die Frage vorzulegen, ob für die Allgemeinheit des Volkes aus diesem einseitigen Inskantischicken einer bestimmten bisher niedrigeren Volksschicht auf Kosten einer unentbehrlichen höher stehenden Klasse nicht doch schließlich größte Nachteile und Gefahren entstehen müssen. Diese Frage drohender Gefahr muß leider bejaht werden. Trotzdem sehen wir jedoch nicht, daß Staat und Gesellschaft Anstalten machen, um dem durch das Anwachsen der Arbeiterschaft hauptsächlich gefährdeten Mittelstand auch nur im geringsten Schutz und Hilfe zu gewähren.

Die Tatsache steht fest, daß bei den heutigen Arbeiter- und Dienstbotenverhältnissen der Mittelstand, der seinerseits ernste Pflichten zu erfüllen hat und in der Regel nicht über erhebliche Glücksgüter verfügt, sich in einer trostlosen Lage befindet. Ihm ist es aber nicht möglich, seinen Betrieb jederzeit veränderten Verhältnissen anzupassen, wie dies z. B. die Industrie vermag; er ist auf engere Grenzen wirtschaftlich und geldlich angewiesen und erleidet die größten Nachteile bis herab zur Auflösung seines Betriebes, wenn die Arbeiterschaft ihn im Stiche läßt. Was von der Lahmlegung der Betriebe durch fehlende oder unberechtigt anspruchsvolle Arbeitskräfte gilt, das gilt auch von den Haushaltungen in bezug auf die Dienstboten. Jetzt in der Kriegszeit ist man natürlich geneigt und verpflichtet, tunlichst ohne Bedienung auszukommen und sich selbst zu helfen. Das schließt aber nicht aus, daß zur Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft doch im großen Ganzen die Hilfe der Dienstboten nicht entbehrt werden kann, besonders auf dem Lande oder in solchen Kleinbetrieben, wo die Dienstboten gleichzeitig als Hilfskräfte im Betriebe selbst benützt werden müssen.

Man kann es nicht als einen glücklichen Griff der Heeresverwaltung bezeichnen, daß sie zur Erreichung ihrer notwendigen Ziele sich der Gewährung märchenhafter Löhne bedient. Dabei herrscht noch der Uebelstand, daß davon gerade vielfach Jugendliche betroffen werden, für welche solche Lohnverhältnisse Gift sein müssen. Der Vater verdient vielleicht in seinem alten Berufe nur wenige Mark den Tag, der Herr Sohn das Vielfache davon. Dienstmädchen ver-